



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

15/2016 – 02.12.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute sind zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen des Deutschen Bundestages zu Ende gegangen, in welchen wir den Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2017, aber auch die finalen Ausbaugesetze des Bundesverkehrswegeplanes verabschiedet haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zum ebenso verabschiedeten Bundesteilhabegesetz lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

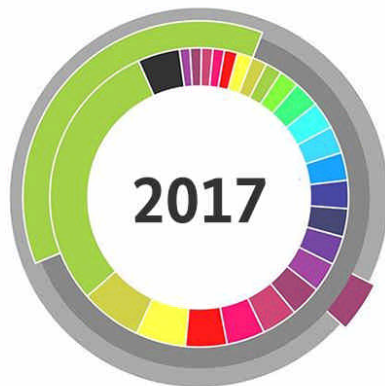
Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Bundeshaushalt 2017 – Wahlversprechen eingehalten



In der ersten der beiden aufeinanderfolgenden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages haben wir im Plenum den **Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2017 verabschiedet**. Wir haben damit unsere Wahlversprechen ohne jeden Abstrich eingehalten - die schwarze Null steht bereits im vierten Jahr in Folge, und es gab keine Steuererhöhungen. Darüber

hinaus konnten wir sogar damit beginnen, Schulden zu tilgen.

Wir haben im Bundeshaushalt 2017 unseren Staat insbesondere in den Bereichen innere und äußere Sicherheit noch besser aufgestellt. So werden wir beispielsweise unsere Sicherheitsbehörden wie die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und die Nachrichtendienste bis zum Jahr 2020 massiv um mehr als 10.000 zusätzliche Stellen stärken. Zudem konnten wir durch Umschichtungen die Investitionen um fast 2,8 Milliarden Euro auf gut 36 Milliarden Euro anheben.

Dieser Handlungsspielraum ist das Ergebnis unserer klaren Haushaltspolitik, die vielfältigen Widerständen und Begehrlichkeiten standhält. CDU und CSU stehen geschlossen hinter unserem Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Selbst die umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten können wir ohne Neuverschuldung bewältigen. Niemand muss deshalb Einschränkungen hinnehmen. Im Gegenteil. Neben der Anhebung der Investitionsquote auf nunmehr 11 Prozent und den umfangreichen Bundesmitteln für Kultur konnten wir auch Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg bringen.

Weiterführende Informationen zum Bundeshaushalt 2017 erhalten Sie auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums unter www.bundesfinanzministerium.de.

Bundesverkehrswegeplan 2030 verabschiedet

Mit rund 1.350 einzelnen Straßenvorhaben und einem noch einmal auf rund 270 Milliarden Euro erhöhtem Gesamtvolumen bis 2030 haben wir in dieser Woche **einen neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) beschlossen**, der sich sehen lassen kann. Er berücksichtigt Straße (rund 49 Prozent der Mittel), Schiene (rund 41 Prozent) und Wasserstraßen (etwa 10 Prozent) und legt einen Schwerpunkt auf die Modernisierung und den Erhalt der bereits bestehenden Verkehrsinfrastruktur. Mit der Rekordsumme für die Infrastruktur unterstreichen wir unser klares Bekenntnis zur Stärkung des Standortes Deutschland und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft.



(© BMVI)

Besonders erfreulich für das Rhein-Main-Gebiet und unseren Wahlkreis Offenbach ist zudem, dass viele wichtige Projekte in der Region in den BVWP aufgenommen wurden. So steht der Ausbau des Offenbacher Kreuzes in der höchsten Dringlichkeitskategorie des „Vordringlichen Bedarfs mit Engpassbeseitigung (VB-E)“. Auch der dringend benötigte Ausbau der A 3 zwischen dem Offenbacher Kreuz und der Anschlussstelle Hanau wurde im Verlauf der parlamentarischen Beratung des BVWP nachträglich in die Kategorie VB-E aufgenommen. Hierfür hatte ich mich nachdrücklich eingesetzt.

Auch die beiden Teilstücke der A 661 zwischen dem Bad Homburger Kreuz und Offenbach-Kaiserlei (Erweiterung auf sechs Spuren) sowie zwischen Offenbach-Kaiserlei und dem Offenbacher Kreuz (Erweiterung auf acht Spuren) sind im BVWP und hier in der zweithöchsten Dringlichkeitskategorie „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ gelistet. Die Ortsumgehung Langen im Verlauf der B486 ist dagegen auch im „Vordringlichen Bedarf“ gelistet.

Weiterführende Informationen zum Bundesverkehrswegeplan 2030 finden Sie auf den Seiten des zuständigen Bundesverkehrsministeriums unter www.bmvi.de.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)**

wollen wir die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen deutlich stärken und die Behindertenpolitik in Deutschland weiterentwickeln. Hierzu wird das

Neunte Sozialgesetzbuch reformiert. Dabei fassen wir die Regelungen zur Eingliederungshilfe komplett neu und werten das SGB IX zu einem Leistungsgesetz auf. Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden damit künftig klar von Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert.

Mit dem ebenso in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch** werden die Leistungsansprüche und Leistungsausschlüsse im SGB II und SGB XII insbesondere für Unionsbürger in Deutschland gesetzlich klarer festgeschrieben. Damit sagen wir deutlich: Wer nicht in Deutschland arbeitet, selbständig ist oder einen Leistungsanspruch nach SGB II auf Grund vorheriger Arbeit erworben hat, dem stehen innerhalb der ersten fünf Jahre keine dauerhaften Leistungen nach SGB II oder SGB XII zu. Die Betroffenen können – längstens für einen Zeitraum von einem Monat – Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise erhalten und im Bedarfsfall ein Darlehen für die Rückreisekosten.

Daten und Fakten

Digitales Arbeiten schafft Freiraum fürs Familienleben. Der Wandel der Arbeitswelt hin zu mehr Digitalisierung ermöglicht es berufstätigen Eltern, Arbeits- und Familienleben flexibler zu gestalten und so mehr Zeit für Kinder und Partner zu finden. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie ermittelte, arbeiten mittlerweile 57 Prozent der Deutschen digital und mobil. Dies schafft die Möglichkeit, Arbeitszeiten auf die individuellen Bedürfnisse der Arbeitnehmer abzustimmen, motiviert diese zusätzlich und macht die Arbeitgeber so attraktiver für Fachkräfte. Besonders die stark digitalisierten Unternehmen (75 Prozent) sind bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen sehr flexibel und werden dadurch von ihren Mitarbeitern als familienfreundlich wahrgenommen. Aber auch weniger digital arbeitende Firmen schaffen zunehmend Möglichkeiten, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren (60 Prozent). Diese Entwicklungen zeigen die Potentiale, die die Digitalisierung für die Gesellschaft und Arbeitswelt mit sich bringen können.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Zahl der Studenten steigt auf Rekordhoch. Im Wintersemester 2016/17 sind so viele Studenten wie noch nie an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 48.300 (+1,8 Prozent) auf 2.806.000 Studenten. Insbesondere begannen mehr junge Frauen ein Studium, hier betrug das Plus 2,3 Prozent. Einen Zuwachs konnten vor allem technische und innovationsgetriebene Studiengänge vermelden. So wählten mit 37.600 Studienanfängern 1,1 Prozent mehr junge Menschen ein Studium der Informatik; 17.400 Studierende entschieden sich für Elektrotechnik und Informationstechnik, was einer leichten Zunahme von 0,1 Prozent entspricht.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 3 – BMVI
Seite 4 – Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim
Melde

